

3

WAHLBOYKOTT IN INDIEN / NORDIRISCHE REBELLION
International

6

ABRISS DES WARMWASSERBLOCKS
Hamburg

8

NEIN ZU DEN EU-WAHLEN
BRD

10

BREMEN WÄHLT ... NICHT!
Bremen

12

QUOTE GUT, ALLES GUT?
Frauen

14

MIETPREISBREMSE UND WOHNUNGSBAU
Thüringen

16

KLASSENJUSTIZSTATISTIK
Berlin

18

HALBKOLONIALISMUS SIMULATOR
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Aprilausgabe der Roten Post steht ganz im Zeichen des Boykotts der bürgerlichen Wahlen. Nicht nur steht die Europawahl vor der Tür, auch mehrere Regionalwahlen finden zeitgleich statt. Und in der Rubrik Frauen thematisieren wir das Verhältnis von Parlamentarismus, Gleichheitsgesetzen und dem Patriarchat. Der Parlamentarismus ist von großer Bedeutung für die Bourgeoisie. Was sie wollen ist eine hohe Wahlbeteiligung, die ihrem System den Anschein von Legitimität verleiht und die Diktatur der Bourgeoisie. Die Massen verlieren zunehmend das Vertrauen in das parlamentarische System und dies wird nicht nur in der seit Jahrzehnten sinkenden Wahlbeteiligung deutlich. Wahlpropaganda wird abgerissen, mit Parolen bemalt, mit Aufklebern und ähnlichem beklebt, worüber es aus der Ecke der bürgerlichen Parteien große Empörung gibt. Sie alle sind Ausdruck der gerechtfertigten Wut über das herrschende System. Denn die Politiker, die in Wahljahren ihre Runden durch die Bürgerzentren drehen und versprechen, dass jetzt endlich alles anders und besser wird, werden schon lange nicht mehr ernst genommen.

Klar ist, dass die Probleme unserer Klasse nicht durch bürgerlich Wahlen gelöst werden. Wenn die städtische SAGA in Hamburg Häuser zugunsten von teuren Neubauten abreißen will interessiert sich kein Politiker für die Menschen, die so ihr Dach über dem Kopf verlieren. Genau so wie in Thüringen, wo mit der Ankündigung einer städtischen Wohnungsgesellschaft der Schein erweckt werden soll, als würden sich die Herrschenden um die Probleme der Massen kümmern. Wenn ihr

Aktionen gegen die Wahlen mitbekommt freuen wir uns wenn ihr uns Fotos an rotepost@gmx.net schickt, damit wir sie veröffentlichen können. Auch international steht die Rebellion der Massen gegen die Herrschenden in Vordergrund. So ist auch in Indien Wahljahr, das von einer umfassenden Kampagne zum Wahlboykott geprägt ist. Und in Nordirland wird der Widerstand gegen die Besatzung durch Großbritannien wieder spürbarer. Die Kontinuität des Kampfes der Nordiren zeigt sich deutlich, hier und überall auf der Welt streben die Völker nach Freiheit. Und der diesjährige 1. Mai – der Kampftag der Arbeiterklasse – wird wieder ein starker Ausdruck des proletarischen Internationalismus sein.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

WAHLBOYKOTT IN INDIEN

Am 11. April haben die Wahlen in Indien begonnen. Viel wird erzählt über die „größte Demokratie der Welt“. Die Tagesschau berichtet über die angeblichen Fortschritte, die steigende Versorgung mit sauberem Wasser, Zugang zu sanitären Anlagen und über den steigenden Lebensstandard seit Präsident Modi an der Macht ist. Doch vieles wird in der bürgerlichen Berichterstattung über Indien und den amtierenden, hindu-nationalistischen Präsidenten unter den Tisch fallen gelassen. Indien ist nämlich nicht einfach nur ein wunderschönes Land mit leckerem Essen und einer „aufstrebenden Wirtschaft“. Indien ist ein halbfeudales und halbkoloniales Land, in dem extreme Formen der Unterdrückung, wie das Kastensystem, nach wie vor von den Herrschenden aufrechterhalten werden. Auf dem Land tyrannisieren Großgrundbesitzer die landlosen Bauern, Indigene werden vertrieben und ermordet um Megaprojekten der Imperialisten Platz zu machen und die ausländischen Imperialisten plündern die natürlichen Ressourcen des Landes hemmungslos aus. Doch das indische Volk schaut nicht tatenlos zu wie die Arbeiter und Bauern ausgebeutet und das Land an die Imperialisten verkauft wird. Seit vielen Jahren scharft die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) die fortschrittlichsten Teile des Volkes um sich, organisiert die Massen und führt einen Krieg gegen den alten indischen Staat. Einen gerechten Krieg, der sich auf die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teile des Volkes stützt, ein Volkskrieg.

Sie sind es auch die jetzt im Zuge der Wahlen durch zahlreiche Aktionen die Massen dazu mobilisieren nicht zu wählen, sondern sich in den Massenorganisationen der Kommunistischen Partei zu organisieren und für die neudemokratische Revolution zu kämpfen. Seit März wurden zahlreiche Wandzeitungen und Plakate in verschiedenen Teilen Indiens aufgehängt, die zum Boykott der Wahlen aufgerufen unter anderem unter dem Slogan *„Das Volk wird keine wirklichen Fortschritte durch Wahlen erreichen, sondern nur durch bewaffneten Kampf. Deswegen boykottiert die Wahlen!“*. Zusätzlich zu der verstärkten Propaganda auf dem Land und in den Städten wurden mehrere Hinterhalte durch die Volksbefreiungsguerillaarmee (VBGA) durchgeführt, bei denen mehrere Polizisten, Soldaten und

Spezialkräfte der reaktionären Streitkräfte getötet wurden. Unter anderem ein Angriff in Bihar, wo die VBGA eine Schule anzündete in der zahlreiche Soldaten untergebracht waren, die die Wahlen absichern sollten. All diese Aktionen zeigen Erfolge, und zwar nicht nur die panische Reaktion des alten indischen Staates der nur mit der militärischen Besetzung ganzer Dörfer die Wahlen durchführen kann. Sondern auch in der Begrenzung des Wahlkampfes auf ein Minimum, da die Reaktion zu großer Angst vor Angriffen durch die Maoisten hat.

Diese Aktionen werden unter den schwersten Bedingungen durchgeführt. Seit dem Beginn des Wahlkampfes wurde das Militär in mehreren Distrikten zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen und zehntausende Soldaten in verschiedene Landesteile entsandt um einen reibungslosen Ablauf der Wahlen zu garantieren. Denn Präsident Modi führt Krieg gegen das eigene Volk. Mit der Operation Green Hunt, welche seit 10 Jahren läuft, wird versucht den Einfluss der Maoisten militärisch niederzuschlagen. Im Zuge dieser Militäroperation wurden hunderttausende Soldaten in die „betroffenen Gebiete“ geschickt. Das heißt, in die Gebiete wo die Maoisten die alte Ordnung beseitigen und die Neue Macht der Volksdemokratie aufbauen. Ausgestattet mit modernster Militärtechnik und Kampfhubschrauben töten die militärischen Handlanger der Reaktion immer wieder Kämpfer der Volksbefreiungsarmee. Häufig bringen sie aber einfach Bauern in den Dörfern um, weil es sein könnte, dass sie die Maoisten unterstützen und tarnen diese Massaker an der Zivilbevölkerung dann als Gefechte. So können sie auch immer wieder scheinbare Erfolge vorweisen. Diese Praxis ist in Indien mittlerweile so verbreitet, das sie einen eigenen Namen hat, „Fake Encounter“ (Gefälschte Gefechte).

Die Operation Green Hunt ist nichts weiter als Terror gegen das Volk. Aber all das hält die Kommunisten in Indien nicht davon ab ihre Verantwortung gegenüber den Massen zu erfüllen und mit ganzem Herzen dem Volke zu dienen. Bis zum 23. Mai wird noch gewählt und so lange werden die Aktion der Massen, geführt von der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) andauern. •

NORDIRLAND - EINE GESCHICHTE DER REBELLION

Zwischen 1968 und 1998 tobte der jüngste Bürgerkrieg auf europäischen Boden. In Nordirland wurde gegen die Besatzung durch Großbritannien gekämpft. Ein Kampf, der bereits im 12. Jahrhundert mit der Kolonialisierung Irlands durch die Briten begann. In der bürgerlichen Presse wird der Konflikt oft auf die Unterschiede zwischen den Religionen herunter gebrochen, die katholischen Iren (auch Unionisten genannt) auf der einen, die protestantischen Briten (oft Loyalisten oder Royalisten genannt) auf der anderen Seite. Zwar ist die Konfession mit Sicherheit ein Punkt, der die beiden Gruppen voneinander trennt, aber bei weitem nicht der Wichtigste. Denn die Iren waren hauptsächlich arm, lebten ländlich, während die Briten, die im Laufe der Jahrhunderte immer wieder in Irland einfielen, in der Regel wohlhabend waren. Es ist von Anfang an ein Konflikt der Kolonialisierung, der Eroberung und Unterdrückung Irlands und seines Volkes. Und das irische Volk hat schon immer entschlossen gegen seine Unterdrücker gekämpft. So sieht es heute auf eine lange Tradition des Widerstandes zurück und musste immer wieder einen hohen Preis zahlen. Denn die wiederholten Aufstände gegen ihre Unterdrückung wurden von Seiten der Briten immer wieder als Vorwand genommen für noch mehr Enteignungen und Verfolgung von Katholiken. Die Geschichte ist lang und verworren, doch wir wollen anhand von ein paar wichtigen Ereignissen aufzeigen, dass egal mit welchen Mitteln die Herrschenden versuchten den gerechtfertigten Kampf zu zerschlagen, der Kampfeswille ungebrochen blieb und auch heute noch stark ausgeprägt ist.



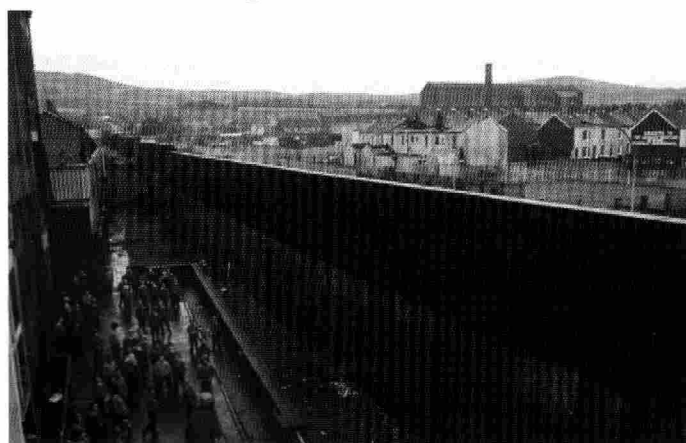
Graffiti zur Zeit des Bürgerkrieges in Derry

1916 führte der sogenannte Osteraufstand, bei dem die Iren fünf Tage lang für ihre Unabhängigkeit kämpften, zu massenhaften Hinrichtungen durch die Briten. Doch die Iren schreckten nicht zurück, ließen sich nicht einschüchtern und konnten zumindest einen Teil Irlands zurück erobern. Der Höhepunkt der Kämpfe war aber definitiv der Bürgerkrieg selbst. Der Konflikt eskalierte in Derry, der Hochburg des Widerstandes, als im katholisch-irisch geprägten Stadtteil Bogside der Jahrestag der Eroberung Derrys durch die Briten gefeiert wurde. Dieser wird noch heute jährlich gefeiert und ist so immer wieder Grund für Widerstand, da er eine reine Provokation und Machtdemonstration darstellt. „Wir haben euch erobert“, das will man den Iren immer wieder vor Augen führen. Katholiken wurden von Hardliner-Protestanten, aber hauptsächlich von der nordirischen Polizei und später der „interventionsierenden“ britischen Armee, getötet und verfolgt. Friedliche Demonstrationen wurden niedergeknüppelt und ganze katholische Straßenzüge in Brand gesetzt. Weltweite Aufmerksamkeit bekam der Konflikt als britische Fallschirmjäger 1972 am sogenannten Blutsonntag 14 Unbewaffnete erschossen und 14 weitere schwer verletzt. Das rücksichtslose Vorgehen gegen alles was katholisch war, führte zu massenhaften Gegenangriffen, um aus der Defensive hervor zu treten. Diese militanten Aktionen, hauptsächlich geführt durch die Provisional Irish Republican Army – PIRA, genossen breite Unterstützung in der Bevölkerung und immer mehr Massen beteiligten sich.

Ende des Krieges – Ende des Kampfes?

Nachdem durch die Kapitulation der Führung der PIRA Friedensverhandlungen, die 1998 zum Karfreitagsabkommen führten, ermöglicht wurden, wurde es wieder ruhiger in Nordirland. In der bürgerlichen Presse spricht man von Aufarbeitung, einem gemeinsamen Friedensprozess. Im heutigen Belfast aber, der zweiten Hochburg des Konfliktes, sind die Spuren seiner Vergangenheit immer noch deutlich sichtbar. Mauern, die Stadtviertel voneinander abgrenzen. Getrennte Schulen und Kneipen. Man ist entweder Ire oder Brite, Katholik oder Protestant, für Befreiung oder für Unterdrückung.

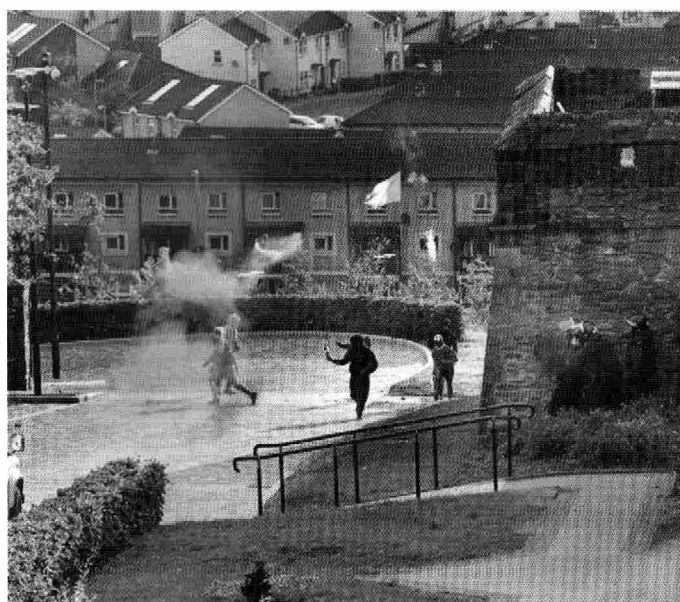
Die bürgerlichen Parteien, egal von welcher Seite der Konfliktparteien, versuchen die Unterdrückung der Nordiren unsichtbar werden zu lassen und nennen das „Aufarbeitung“, sorgen aber gleichzeitig auch dafür (zum Beispiel durch die jährlichen Feierlichkeiten der Eroberung Derrys), dass sich katholische und protestantische Arbeiter bloß nicht zu sehr annähern. Vereinzelt gibt es jetzt auch gemischte Schulen. Es gibt gemischte Ehen, Freundschaften. Aber vergessen hat den Konflikt niemand. Fast jeder Nordire hat jemanden verloren, kennt jemanden, der gekämpft hat. Das alles führt dazu, dass die Arbeiter in Nordirland gespalten bleiben, gespalten in Katholiken und Protestanten, in Loyalisten und Unionisten. Sie alle werden von den Herrschenden an der Nase herum geführt, wenn ihnen die Verbesserung ihrer Lebensumstände versprochen wird. Denn Belfast will jetzt eine moderne Stadt sein. Reichtum bringen. Und große Firmen sind tatsächlich gekommen. Mag sein, dass die Staatskassen jetzt besser gefüllt sind. Die des nordirischen Volkes sind aber noch immer leer, sie haben jetzt bloß reichere Ausbeuter. Im Kern sind die Probleme also die gleichen wie früher.



Eine Mauer trennt in Belfast katholische und protestantische Viertel

Im Zuge des Brexits verschärft sich die Situation in Nordirland nun wieder. Die Nordiren haben zum Großteil dagegen gestimmt. Denn die Grenze zur Republik Irland ist bisher nicht zu spüren gewesen, viele Nordiren arbeiten in Irland oder haben dort Familie. Nahezu unbemerkt wird von einem Staatsgebiet ins das andere gewechselt. Das könnte sich bald ändern. Es könnte wieder strenge Grenzkontrollen geben, wie zur Zeit des Bürgerkrieges. Die Besatzung wäre dann wieder für jeden im Alltag deutlich spürbarer. Darauf bereiten sich nicht nur die Bullen vor, die den Kampfgeist des nordirischen Volkes kennen und wissen, dass

sich das irische Volk nicht scheut zurück auf die Barrikaden zu kehren. Denn dagegen wird sich gerüstet, mit 1000 neuen Bullen und Training zur Aufstandsbekämpfung. Aber sie sind nicht die einzigen, die sich bewegen. Denn der Kampf der Nordiren mag seit dem Karfreitagsabkommen ruhiger geworden sein, ganz verstummt ist er sicher nicht. Immer wieder gab es in den letzten Jahren Meldungen über die vereinzelt „Zwischenfälle“. Und mit dem Brexit vor der Nase wird der Kampf jetzt wieder intensiver. Im Juli 2018 wurden im Zuge tagelanger Aufstände an einem einzigen Tag 75 Molotow-Cocktails auf Bullen geworfen. Am 19. Januar diesen Jahres zündeten Militante vor dem Gerichtsgebäude in einem zentralen Stadtteil von Derry eine Autobombe, ganz im Stil der IRA. Erst diesen März wurden von der NIRA (New Irish Republican Army) mindestens vier Briefbomben verschickt, die nicht zum Töten konzipiert waren, aber trotzdem an ihre Zielorte Flughäfen und eine Universität, gelangen konnten. Ein Zeichen, dass die Rebellion lebt und sich nicht nieder ringen lässt. Die Besatzer versuchen auf der einen Seite den Konflikt zu befrieden, auf der anderen Seite ihn militärisch zu unterdrücken. Aber am Ende ziehen sie mit ihrer Politik nur den Zorn der Massen auf sich. Und auch wenn die PIRA im Zuge des Karfreitagsabkommens kapituliert hat, es gibt diejenigen die kämpfen wollen und kämpfen werden. Das beweisen die Aktionen und Auseinandersetzungen der vergangenen Monate. Das beweist ein Volk, das sich schon seit Jahrhunderten unermüdlich wehrt. •



Bogside in Derry, Juli 2018

ABRISS DES WARMWASSERBLOCKS FÜR MEHR PROFITE

Das Wohnungsbauunternehmen SAGA will die Häuser des Warmwasserblocks im Stadtteil Veddel, also die Häuser in den Straßen Wilhelmsburger Straße, Drevesweg, Meckelburgsweg und Am Gleise, abreißen lassen. Und das, obwohl der Stadtteil seit Ende letzten Jahres unter Denkmalschutz steht. Der Warmwasserblock wird so genannt, weil diese Wohnungen in den 1920er Jahren die Ersten waren, die in Hamburg fließend warmes Wasser erhalten haben. Dem städtischen Unternehmen sind die Sanierungskosten schlicht zu teuer. Deshalb werden über 300 Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben, um später teurere Neubauwohnungen vermieten zu können. Die SAGA setzt ihre Mieter auf die Straße, nur um noch mehr Profite aus dem raus zu holen, was jeder braucht: ein Dach überm Kopf. Tatsächlich befindet sich der Warmwasserblock in einem maroden Zustand: Kabel hängen aus den aufgerissenen Wänden, die Haustüren lassen sich nicht schließen. Aber anstatt, dass die SAGA sich in den letzten Jahren darum gekümmert hat, die Häuser in Stand zu halten, lässt sie diese bewusst vergammeln und verrotten. Vermutlich gab es diese Abrisspläne bereits bei dem Verkauf der Gebäude an die SAGA vor vier Jahren, denn seitdem wurden nicht mal notwendige Instandhaltungen gemacht. Stattdessen wird der marode Zustand benutzt, um den Abriss zu rechtfertigen.

Die SAGA gibt sich in bestimmten Stadtteilen, wo die Menschen sich mehr leisten können, als der Freund und Helfer, als Wohltäter, der die Stadt mit günstigen Wohnungen beschenkt. Das Unternehmen hat sich auf die Fahnen geschrieben, dass es „sichere und sozial verantwortliche Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum“ gewährleisten will. Doch in unseren Vierteln wird nicht mal das Notwendigste gemacht. Offensichtlich schert sich die SAGA nicht um die, die keine Wahl haben und auf die günstigeren Mieten in diesem Block angewiesen sind. Für die Meisten bleibt sowieso vom niedrigen Lohn immer weniger zum Leben. Denn wie der Mietspiegel zeigt, steigen die Mieten in Hamburg jedes Jahr um im Durchschnitt mehr als 2,5 Prozent. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bleibt mehr als einer Million Werktätigen in der BRD nach Abzug der Miete nicht mal der Hartz-4-Satz zum Leben. Sich da noch die Miete einer Neubauwohnung oder auch nur einer modernisierten Wohnung leisten zu können, ist völlig unmöglich.

Um ihr Vorhaben durchzudrücken und zu verhindern, dass auch die Häuser des Warmwasserblocks unter Denkmalschutz gestellt werden, will die SAGA mittlerweile den Bürgermeister kontaktieren. Es wäre wenig verwunderlich, wenn die Pläne der SAGA vom Senat unterstützt werden würden, denn



auch die haben ein Interesse daran, dass es der SAGA wirtschaftlich gut geht. Immerhin gehört die Wohnungsbaugesellschaft zu hundert Prozent der Stadt Hamburg. Die Profite der SAGA sind also auch die Profite der Stadt. Auch die Politiker scheren sich nicht um uns, sondern darum, was den Bonzen noch mehr Geld in die Tasche bringt. Aber die Menschen, die nicht viel haben, sehen von diesen Profiten nichts, die auf ihrem Rücken erwirtschaftet werden! Mehr noch: die Mieter wurden noch nicht einmal von der SAGA aus darüber informiert, was mit ihren Häusern passieren soll! Das durften die Mieter erst erfahren, nachdem der selbsternannte „Stadtteilkümmerer“ von der SPD Wind von den Plänen der SAGA bekommen hat. Der gibt sich jetzt zwar „bürgerlich“, gehört aber der selben Partei an, deren höhere Ebene jetzt zu Rate gerufen wird, um das Problem mit dem Denkmalschutz FÜR die SAGA zu entscheiden und die die SAGA als aktuelle Regierungspartei zur Zeit verwaltet. Der „Stadtteilkümmerer“ kümmert sich so lange um den Stadtteil, wie ihm die Menschen im Viertel zum nächsten Wahlkampf nutzen. Was alle bürgerlichen Parteien wirklich kümmert, ist den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten. Die Herrschenden wollen nicht, dass die Leute sich nicht wehren, gegen das, was über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, damit sie weiter dieses marode System verwalten können. Obwohl die Mieter sagen, dass sie ihre Häuser behalten wollen, werden sie von der SAGA weder informiert, noch gefragt, was mit ihnen passieren soll. Weil dieses System den Herrschenden dient. Nicht uns.

Ob auf der Veddel oder in Steilshoop, ob in Rissen oder Billstedt: der zunehmende Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist ein Problem, weshalb Menschen in ganz Hamburg Angst um ihre Existenz haben müssen. Immer wieder passiert es, dass



Häuser saniert werden oder Neubauten entstehen und die Mieten danach unbezahlbar für einen großen Teil der Einwohner der Stadt werden. Daran ändert auch die sogenannte „Mietpreisbremse“ nichts. Zum Einen sind Neubauten von diesem Gesetz komplett ausgenommen, zum Anderen bremsst diese nur die Mieten, die über 10 Prozent der vorherigen Miete ansteigen. Neuerdings muss sich der Vermieter bei einem höheren Anstieg „erklären“. Selbst wenn man feststellt, dass die Miete doch um mehr als 10 Prozent angehoben wurde, eine Klage können sich in der Regel nur diejenigen leisten, die sich sowie höhere Mieten bezahlen könnten. Auch die Bremse für einen Anstieg nach einer Modernisierung von 3€ pro m² erscheint als schlechter Scherz, wenn man berechnet, dass dies für den durchschnittlichen Mietpreis (2017) von 12,52€ pro m² eine Steigerung von mehr als 20 Prozent bedeutet. Wenn uns die Mietpreisbremse dennoch als Erfolg der Herrschenden verkauft wird, ändert sie nichts daran, dass beim Besichtigungstermin immer die bevorzugt werden, die am Meisten in der Tasche haben.

Wir sollen uns beim „Stadtteilkümmerer“ darüber beschweren dürfen, sollen am Wahltag ein Kreuzchen für eine der bürgerlichen Parteien machen und ansonsten den Mund halten. Aber wir lassen uns damit nicht abpeisen! Wir wollen selbst entscheiden, was in unseren Vierteln passiert! Wir wollen nicht raus aus unseren Wohnungen wegen der Profitgier der Bonzen!

Doch um unsere eigenen Interessen durchzusetzen, müssen wir uns auch selbst organisieren und zusammenschließen gegen dieses System. Wir dürfen nicht darauf vertrauen, dass uns andere von außen zu Hilfe eilen. Wir müssen uns auf unsere eigenen Kräfte stützen und das Problem an der Wurzel packen! NGOs, Gewerkschaften, Mietervereine oder bürgerliche Parteien, die sich einen sozialen Anstrich verpasst haben, können die Situation höchstens kurzfristig verbessern. Wir wollen die Herrschenden nicht um Mitbestimmung anbetteln, sondern selbst die Entscheidungen treffen. Organisieren wir uns gemeinsam im Viertel und zeigen den Bonzen der Stadt, dass sie nicht alles mit uns machen können. Schaffen wir eine Organisation, die es mit den Bonzen aufnehmen kann und wirklich für unsere Interessen kämpft! •

NEIN ZUR EU UND DEN WAHLEN DER BOURGEOISIE

Am 26. Mai findet dieses Jahr die Wahl des Europaparlaments statt. Alle wahlberechtigten EU-Bürger können eine Stimme abgeben und so das europäische Parlament legitimieren, in der Hoffnung, dass ihr Wunschkandidat ins Europaparlament gewählt wird. Das Europaparlament ist zwar weit entfernt und die politischen Prozesse in Brüssel nur schwer durchschaubar und langatmig, aber das Europaparlament hat weitreichende Möglichkeiten in die Gesetzgebung aller europäischen Nationen hineinzuwirken. Dies wurde in den Verträgen von Maastricht und Lissabon beschlossen. Diese Verträge bilden die Grundlage um anderen Nationen mithilfe des europäischen Rechts Gesetze aufzuerlegen und somit Einfluss auf sie zu nehmen.

Die weitreichenden Befugnisse der EU in die Nationalstaaten hineinzuregieren sind auch ein Grund warum bürgerliche und andere reaktionäre Kreise die EU kritisieren, weil sie in der EU eine Instanz sehen, die den Staaten einfach Gesetze aufdrücken kann. Doch was die Faschisten der AfD bei ihrer angeblichen „EU-Kritik“ unter den Tisch fallen lassen ist, dass Deutschland die EU wirtschaftlich und politisch dominiert. Dass Deutschland die EU für seine imperialistischen Interessen benutzt. Dass Deutschland sich in keiner Weise vor den Herren in Brüssel „bücken“ muss, sondern im Gegenteil die EU vor allem den Interessen der deutschen Imperialisten dient. Denn die deutschen Imperialisten wollen in der Konkurrenz mit den imperialistischen Supermächten, hauptsächlich der USA, bestehen können. Dafür halten sie mithilfe der EU bspw. die Länder des Balkans in Abhängigkeit zu sich oder greifen politisch, und vor allem ökonomisch, auf dem afrikanischen Kontinent ein. Die Ausplünderung der Halbkolonien in der dritten Welt wird federführend von diesen europäischen Politikern mitgestaltet, besonders im Sinne des deutschen Imperialismus. Deswegen findet sich dieser Artikel auch in der Rubrik BRD und nicht International.

Das Europaparlament

Viele haben nur eine sehr grobe Vorstellung davon, was im Europaparlament eigentlich entschieden wird. Doch der jüngst im Europaparlament verabschiedete Artikel 13, der das Urheberrecht betrifft, dürfte für

einiges an Aufmerksamkeit gesorgt haben. Dieser Artikel wird jetzt in allen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen, auch wenn er im Widerspruch zum nationalen Recht einiger EU-Staaten steht. Entwicklungen wie der Artikel 13 zeigen auch noch einmal, dass das Europaparlament nicht eine einzige Schwatzbude ist, im Gegensatz zur Europäischen Kommission, wo dann tatsächlich die Entscheidungen getroffen werden. Ein populäres Beispiel, um die scheinbare Belanglosigkeit des Europa-Parlaments und die extreme Bürokratie der EU zu zeigen war die sogenannte Gurkenkrümmungsverordnung. Diese Verordnung regelte 20 Jahre lang genau welche Beschaffenheit eine Gurke einer bestimmten Güteklasse aufweisen muss. Unter anderem regelte sie, dass eine Gurke auf zehn Zentimeter Länge maximal eine Krümmung von zehn Millimetern aufweisen durfte. Was auf den ersten Blick absurd wirkt, diente in der Praxis den großen Monopolen, genauer den Saatgutfirmen. Gurken, die von den vorgeschriebenen Standards abwichen, durften nicht mehr als Qualitätsprodukte mit Güteklassensiegel verkauft werden, wenn sie nicht diesem Standard entsprachen. Das sorgte dafür, dass tausende kleinere Landwirte neues Saatgut kaufen mussten, um ihre Gurken an den Standard anzupassen und sorgte für enorme Profite bei Monopolkonzernen wie Monsanto. Die Gurkenverordnung ist zwar mittlerweile wieder abgeschafft, dafür gibt es aber dutzende andere Regelungen, die den Monopolen mehr Profite bringen sollen. Und diesen Zweck, den Monopolen Profite bringen und den deutschen Imperialismus in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Nationen weiter nach vorne zu bringen, verfolgen die Politiker, die sich jetzt zur Europawahl aufstellen. Diejenigen, die sich am 26. zur Wahl stellen, wollen gerne die Marionetten für die Imperialisten spielen.

Geht nicht wählen, kämpft und wehrt euch!

Der Bezug der Massen zur Europäischen Union ist nicht besonders ausgeprägt. Aber aufgrund der weitreichenden Befugnisse der europäischen Institutionen brauchen diese auch so etwas wie den Schein von Legitimität. Das ist der Grund warum seit Jahren Millionen von Euro in Kampagnen gesteckt werden, die uns weis machen sollen die EU wäre in unserem Interesse oder – so wie im

Moment – versuchen möglichst viele Menschen zur Europawahl zu mobilisieren. Denn bei der Europawahl war die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit extrem niedrig. In Deutschland gingen mit 48,1 Prozent nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl, in den meisten osteuropäischen Ländern lag die Wahlbeteiligung noch deutlich darunter. In der Slowakei bspw. waren es sogar nur um die 13 Prozent. Seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 ist die Wahlbeteiligung stetig gesunken. Und auch dieses Jahr sieht es so aus, als werde die Europawahl wenige Menschen zur Wahl bewegen. Ein leichter Anstieg in der Wahlbeteiligung kann evtl. dadurch zustande kommen, dass parallel zur Europawahl extra eine Bürgerschaftswahl oder ähnliches am gleichen Datum, wie dieses Jahr in Bremen, durchgeführt wird. So hoffen die Herrschenden die Wahlbeteiligung zu erhöhen, da man ja einfach nur bei einem weiteren Zettel sein Kreuz machen muss.

Im Moment laufen verschiedene Kampagnen, die die Wahlbeteiligung steigern sollen. An erster Stelle ist die Europäische Kampagne „Diesmal wähle ich“ zu nennen. Finanziert von der EU finden im April und Mai mehrere Veranstaltungen in der BRD statt. Die Kampagne richtet sich an diejenigen, die ohnehin wählen gehen und nun andere motivieren sollen das auch zu tun. Mit Veranstaltungen, Verbindungsbüros, TV-Werbespots, einer Website und Links zum Teilen in sozialen Medien soll die Werbetrommel für die EU gerührt werden. An verschiedenen Universitäten wurden Infostände dazu gemacht und Essen verteilt. Und auch die Radiosender und Zeitungen sollen mitmischen. Deswegen versucht die Parlamentsverwaltung über Recherchestipendien, Seminare und Redaktionsbesuche in allen Mitgliedsstaaten Journalisten für ihre Propaganda einzuspannen, was erwartungsgemäß relativ gut funktioniert. Bisher belaufen sich die berechneten Kosten auf 33 Millionen Euro. Laut dem Strategiepapier der Kampagne wollen sie damit vor allem Studenten, Manager, Lehrer und so genannte Meinungsführer mobilisieren. Diese sind Umfragen zufolge besonders positiv auf die EU zu sprechen, gehen aber selten wählen. Ein Sprecher des European Policy Center sagt dazu „Wenn es darum geht, die Wahlbeteiligung unter allen Umständen zu erhöhen, macht es Sinn, die Anstrengungen auf diese Gruppe zu bündeln. Wenn unter den Leuten, die wählen gehen, überproportional viele EU-Skeptiker sind, führt das ansonsten zu einem Ergebnis, das nicht repräsentativ ist für die

Bevölkerung der EU. Und das kann der Legitimation des Parlaments schaden.“ Hinzu kommen die Kampagnen der Bundesländer wie beispielsweise „In Bremen leben – Europa wählen“, die besonders in den proletarischen Vierteln ihre Propaganda verbreiten. Oder die Europawoche, die kurz vor der Wahl stattfindet und von einigen „Nichtregierungsorganisationen“ beworben wird, die davon Leben können als niedrigschwellige Propagandisten für die EU zu arbeiten.

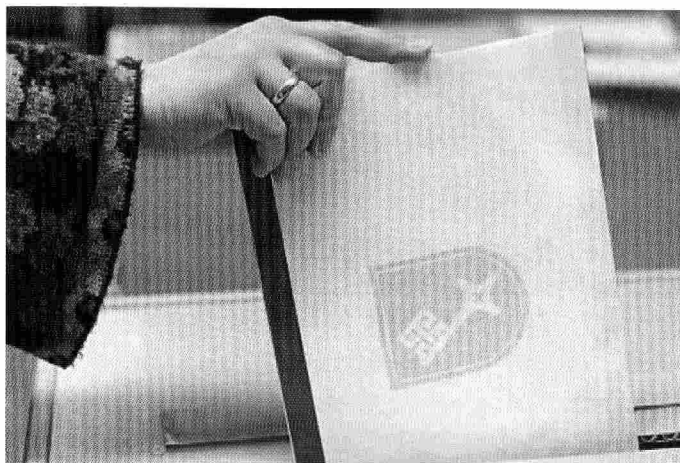


Eine von vielen Propagandakampagnen

Wahlbeteiligung um jeden Preis, das ist das Ziel. Aber all diese kostspieligen Kampagnen und Pläne der Bourgeoisie werden nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen. Die Massen wissen, dass es den Politikern in der BRD und der EU nicht um uns Arbeiter sondern um ihre persönliche Stellung und ihre Geldbörse geht. In den Massen hat kaum jemand Vertrauen in Institutionen der EU. Und mit der aktuellen Entscheidung zum Artikel 13 haben die Bonzen aus der Politik wieder einmal bilderbuchmäßig vorgeführt wie sie gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen und auch trotz des Protestes Hunderttausender ihre Politik durchsetzen. So viel ist ihr Gerede von gelebter Demokratie dann Wert wenn es darauf ankommt. Durch Wahlen wird sich garantiert nichts ändern, hat es noch nie, wird es auch nie. Wirklichen Fortschritt werden wir nur erreichen, wenn wir uns als Arbeiterklasse mit allen Unterdrückten weltweit zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. •

BREMEN WÄHLT ... NICHT!

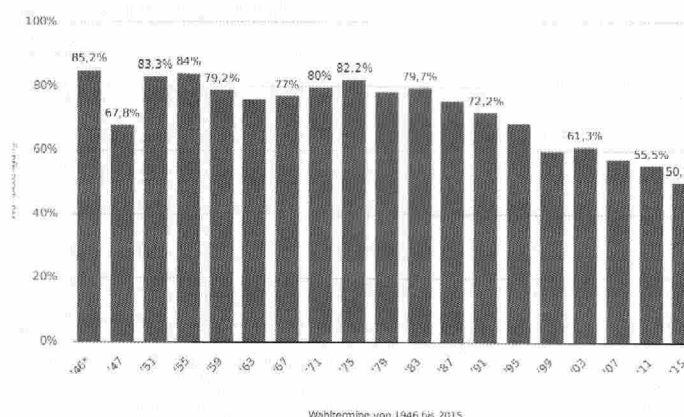
Es ist wieder soweit, dieses Jahr wird wieder mal gewählt. Die Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen stehen an, und das hier bei uns in Bremen. Zeitgleich mit der Europawahl am 26. Mai sollen wir wieder zur Urne rennen und unser Kreuzchen machen. Der Wahlkampf ist schon voll im Gange und die Parteien versprechen den Himmel auf Erden. Alles soll besser werden, wenn man doch bloß wählen geht, ansonsten könne sich doch gar nichts verändern, sagen sie. Zumal es ja angeblich ein riesengroßes Privileg ist wählen zu dürfen, ein angebliches Mitspracherecht zu haben und aktiv an der Gestaltung der Zukunft teilhaben zu dürfen. Doch dieses ganze heuchlerische Gelaber kennen wir alle zu genüge!



Klar ist, dass die Herrschenden in starker Bedrängnis sind. Sie müssen liefern und sich reinknien um die Menschen zum Wählen zu animieren. Denn in Bremen gingen bei der letzten Bürgerschaftswahl vor vier Jahren nur ca. 50 mickrige Prozent der Menschen wählen. Damit waren die Nichtwähler stärkste Kraft, und zwar mit riesengroßem Abstand. Zweitstärkste Kraft war die SPD, die seit Jahrzehnten in Bremen regiert, aber das nur mit lächerlichen 15%. Das heißt die Nichtwähler sind eine mehr als dreimal so starke Kraft wie die Sozialdemokraten. Ein ziemlicher Denkmalsatz für dieses System, seine Parteien und die herrschende Klasse. Aber nicht nur in Bremen ist die Wahlbeteiligung stetig sinkend. Im ganzen Land wird deutlich, dass die Zustimmung für dieses System fällt und fällt. Vor allem große Parteien wie SPD und CDU, die als sogenannte Volksparteien gelten, verlieren drastisch ihre Anhängerschaft, müssen um

jede Stimme kämpfen und zittern. Doch gerade auch an dem großen Stimmenverlust der beiden größten Parteien zeigt sich die Tendenz, dass die Menschen etwas anderes wollen. Mehr Menschen suchen eine Alternative. Für diese Alternative sollte die Alternative für Deutschland (AFD) sorgen. Wenig überraschend bei dem Parteinamen. Die Menschen, welche die Hoffnungen in dieses System verloren haben, sollen so wieder zum Wählen gebracht werden. Und auch in Bremen hat es die AFD bereits bei der letzten Bürgerschaftswahl in 2015 geschafft ins Landesparlament einzuziehen. Gleichzeitig tritt die AFD eine Gegenbewegung los, die sich auch auf die Wahlen auswirkt. Menschen, die sonst auch nicht wählen würden, machen ihre Stimme für irgendeine Partei. Ganz nach dem Motto „Alles dafür tun, dass bloß nicht die AFD an die Macht kommt“. Kein schlechter Schachzug der Herrschenden, doch nichts, was ihnen sonderlich weiterhelfen konnte. Denn es gab die AFD wie gesagt auch schon bei der letzten Bürgerschaftswahl und trotzdem Wählten nur 50 Prozent der Leute hier in unserem Bundesland.

Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen von 1946 bis 2015



Wie zu erwarten war, machten vor allem die Arbeiterviertel den Unterschied und sorgten für die schlechte Bilanz der Herrschenden. Während in den bürgerlichen Stadtteilen eine Wahlbeteiligung von um die 80 Prozent erreicht wurde, konnte in einigen unserer Viertel nicht mal ein Drittel der Wahlberechtigten animiert werden. So lag die Wahlbeteiligung in Gröpelingen und Tenetever bei nur knappen 30 Prozent. Von den 16 bis 25 Jährigen

wählten sogar noch unter 30 Prozent der Menschen. Bedeutet für die Herrschenden: ab in diese Viertel und Wahlkampf machen. Und zwar vor allem in Gröpelingen. Woche für Woche finden mehrere Wahlveranstaltungen, Bürgersprechstunden oder sonstiger bürgerlicher Lügenpropaganda-Schwachsinn statt. Man könnte fast schon den Eindruck bekommen, dass die Politik sich kümmert. Sogar Innensenator Ulrich Mäurer höchst persönlich nimmt immer und immer wieder den Weg bis nach Gröpelingen auf sich und hört sich die Probleme der Menschen in Bürgersprechstunden an. Seine bisherige Lieblingsantwort auf all die Probleme im Viertel ist mehr Bullen, mehr Bullen, mehr Bullen.

Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt, dass der Parlamentarismus in der BRD in einer tiefen Krise steckt. Das passt der herrschenden Klasse gar nicht in den Kram. Denn die BRD hat ein ganz klares Ziel: Sie will imperialistische Supermacht werden und sich einen Namen machen im Wettstreit der Imperialisten. Dazu brauchen die Herrschenden einen starken deutschen Staat. Doch der Staat braucht das Volk hinter sich um stark zu sein. Durch Wahlen soll die Diktatur der Bourgeoisie und die bürgerliche Demokratie legitimiert werden. So ist eine jede Stimme, die bei einer bürgerlichen Wahl abgegeben wird ein Stück Zustimmung zum Imperialismus. Wenn wir nicht wählen gehen drückt es das genaue Gegenteil aus. Der Imperialismus erfährt keine Legitimation mehr von den Massen und kann somit

auch nicht weiter gerechtfertigt werden. Sie brauchen uns also für ihre Machenschaften. Und vor allem Bremen ist als ärmstes Bundesland in dieser Frage ein voranschreitendes Beispiel. Die Massen erkennen zusehends, dass das Parlament ihnen nicht dient. Die Wahlbeteiligung sinkt stetig. Die Leute verlieren den Eindruck, dass es ihnen etwas bringt, wählen zu gehen. Die Herrschenden können nicht mehr behaupten, dass die Leute wollen, was jetzt passiert. Die Versprechen sind eine Lüge. Dieses System ist nicht für uns gemacht. Wir werden ausgenutzt und ausgebeutet zu geringen Löhnen, die Konten der Bonzen noch fetter zu machen. An diesem System will und kann KEINE parlamentarische Partei etwas ändern. Darf es etwas grüner sein oder sollen die Eliten weniger Steuern zahlen? Soll es etwas sozialer zugehen oder gegen Rassismus? Für jeden etwas dabei, sollte man annehmen. Man soll nicht auf die Idee kommen, das System an sich zu hinterfragen. Jede Meinung wird im Parlament kanalisiert dargestellt. Doch es kann eine Welt außerhalb von Privateigentum und Ausbeutung geben. Somit heißt es: Boykottiert die Wahlen am 26. Mai 2019 in Bremen! Gebt nicht eure Zustimmung für dieses zerfallende System der Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Perspektive ist eine andere, keine in diesem System. Wir brauchen den Fortschritt, den keine der bürgerlichen Parteien verkörpert. Wir brauchen unsere eigene Partei die sich nicht an dem ganzen Wahlzirkus beteiligt und uns zu unserer tatsächlichen Befreiung führt. •



Aktion zum Wahlboykott der Bundestagswahl 2017 in Hamburg

QUOTE GUT, ALLES GUT?

Mitte Februar fand ein Treffen unterschiedlicher Fraktionen des deutschen Bundestages statt. Bei dem Treffen kamen vor allem weibliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien zusammen, Ziel war es eine Änderung des Wahlrechts auszuarbeiten, von CDU bis Linkspartei waren alle dabei. Das sogenannte Paritätsgesetz soll eine Quotenregelung erreichen, mit der der Anteil von Frauen und Männern in den Parlamenten des bürgerlichen Staates, der die BRD ist, ausgeglichen werden soll.

Zur Zeit liegt der Frauenanteil im Bundestag bei 30,9 Prozent, also unter einem Drittel. Auf kommunaler Ebene liegt der Frauenanteil in den unterschiedlichen Parlamenten, Senaten usw., sogar noch niedriger bei etwa 25 Prozent. Diese Zahlen sind nur ein oberflächlicher Spiegel für die Verwurzelung des Patriarchats – der Unterdrückung der Frau – in dem System in dem wir leben, dem Imperialismus. Die Hälfte der Bevölkerung wird in der angeblich für Menschenrechte und Gleichberechtigung stehenden BRD nicht ansatzweise durch die Hälfte der Abgeordneten der bürgerlichen Parlamente vertreten. Könnte man sich die Frage stellen was dies mit Gleichberechtigung zu tun hat. Dieses von den bürgerlichen Parteien als Missstand erkannt, soll jetzt also mit einem Gesetz erzwungen werden. In einigen Ländern dieser Welt gibt es solch ein ähnliches Gesetz bereits. In insgesamt 23 Ländern bestehen gesetzliche Kandidatenquoten, die für ein Geschlechterausgleich im Parlament sorgen sollen. Von diesen Ländern liegen 12 in Lateinamerika.

In Europa besteht ein solches Gesetz in fünf Ländern und zwar in Belgien, Slowenien, Portugal, Spanien und Frankreich. In der BRD wurde ein solches Gesetz bereits auf Landesebene durchgesetzt. Ende Januar wurde in Brandenburg als erstes Bundesland das sogenannte Paritätsgesetz verabschiedet.

Dass solche Veränderungen des Wahlrechts gerade jetzt angestrebt werden ist kaum verwunderlich. Andrea Nahles von der SPD twitterte schon zur Feier der 100 Jahre Frauenwahlrechts, dass es mehr Frauen im Parlament braucht und ist außerdem auch eine der Initiatorinnen des Treffens. Denn auch den bürgerlichen Politikerinnen fällt auf: auf alten Erfolgen kann man sich nicht ausruhen. Es braucht neues Futter, um die weibliche Bevölkerung an die Wahlurnen zu locken. Eine erhöhte Beteiligung von Frauen im Parlament soll den Glauben der Frauen an die bürgerliche Demokratie wieder erstarken. Aber sollte ein solches Gesetz überhaupt vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden (gegen das entsprechende Gesetz in Brandenburg wurde bereits Klage eingereicht) wird sich nichts grundlegend ändern. Denn es stimmt zwar, dass die Befreiung der Frau nur von den Frauen selbst erkämpft werden kann, aber in den Parlamenten der bürgerlichen Staaten wird niemand für die Frauen unserer Klasse, der Arbeiterklasse, kämpfen. Hier zählen ausschließlich die Interessen der Bourgeoisie und deshalb geht die Befreiung der Frau immer nur Hand in Hand mit der Befreiung der Arbeiterklasse.



Nebenbei angemerkt, hätte ein solches Paritätsgesetz auf Bundesebene für die großen etablierten bürgerlichen Parteien einen zusätzlichen Vorteil. Es würde ihre Machtaufteilung in der BRD fester in Stein meißeln. Denn große und etablierte Parteien haben die Möglichkeit Wahllisten aufzustellen, auf denen gleichermaßen Männer und Frauen vertreten sind. Kleine Parteien, die sich erst herausbilden oder frisch gegründet sind ist dies oftmals fast unmöglich, da sie aus wenigen Personen bestehen, die wahrscheinlich nur selten eine gleichmäßig verteilte Anzahl an männlichen und weiblichen Mitgliedern haben. Diese könnten dann gar nicht an den Wahlen teilnehmen. Somit fällt dem bürgerlichen Parlamentarismus der Stein den er aufgehoben hat, um ihn gegen den gerechtfertigten Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung zu schleudern selber auf die Füße. Denn eines der Vorteile des bürgerlichen Parlamentarismus für die herrschende Bourgeoisie ist, dass ihre Macht durch den Staat so erfolgreich verteidigt werden kann, weil er alle möglichen Bewegungen und Kämpfe in Form von bürgerlichen Parteien ins System integrieren kann und dadurch eine Beteiligung aller möglichen Kräfte der Gesellschaft vorgaukelt. Können diese kleinen Parteien aber nicht mehr teilnehmen weil sie eine Frauenquote nicht erfüllen können, sinkt die angebliche Legitimation der Herrschenden noch weiter. Eine verzwickte Situation in der sich der bürgerliche Parlamentarismus da befindet.

Die Frauen in der BRD und offensichtlich auch in anderen Ländern, scheinen sich nicht für die Politik der bürgerlichen Parteien und ihren Parlamentarismus

zu interessieren. Stellt sich die Frage, woran das liegt. Die Vertreter der herrschenden Bourgeoisie haben ihre Antwort darauf schon gefunden. Die Frauen sollen angeblich apolitisch sein, sich also nicht für Politik interessieren - einfach aus dem Grund weil sie eben Frauen sind. Es soll in der angeblichen Natur der Frau liegen sich nicht für die Vorgänge im Land und international zu interessieren. Politik sei angeblich sowieso Männersache. Doch diese Behauptung dient nur als Mittel um die Frau zu einem passiven Wesen zu machen, das nicht aktiv wird und vor allem nicht revolutionär. Aber das stellt die Herrschenden auch vor ein Problem, denn warum sollten die Frauen in diesem Land überhaupt Parteien wählen, die nicht mal auf primitivste Art und Weise ihre Interessen vertreten. Darum soll jetzt ein Gesetz her, es soll den Frauen vorgaukeln, dass die bürgerlichen Parteien sie doch repräsentieren und für ihre Interessen eintreten würden. Doch dies ist nichts als Schaumbläserei, denn das bürgerliche Parlament - ist man erst einmal Teil davon - ist in der Lage jeden Kampf in für das System ungefährliche Bahnen zu lenken. Daran ändert auch eine Quote nichts. •



MIETPREISBREMSE UND STAATLICHER WOHNUNGSBAU

Wohnen in Thüringen ist teuer, wenn auch nicht ganz so teuer wie beispielsweise in Berlin oder Hamburg. Aber gerade in den Städten wie Jena ist die Wohnungssituation beschissen. Ein Fachanwalt für Mietrecht aus Jena beschreibt die Situation so „Wir haben hier manchmal auf freie Wohnungen 25 Bewerber oder mehr, die miteinander konkurrieren und insofern natürlich dem Vermieter Tür und Tor öffnen, hohe Preise zu verlangen.“ Denn auch wenn wohnen ein grundlegendes menschliches Bedürfnis bedient, geht es den Vermietern und Wohnungsbaugesellschaften vor allem um eins, möglichst viel Profit aus diesem Bedürfnis zu ziehen. Und je größer die Konkurrenz um die begehrten Wohnungen ist, desto mehr kann man auch die Preise anheben. Die Wohnungen sind Eigentum der Reichen und die können damit machen was sie wollen. Sie können die Wohnungen leer stehen lassen und darauf spekulieren sie in ein paar Jahren teurer zu verschachern. Sie können sie für absurde Summen vermieten, sie können auch die Menschen auf die Straße setzen, die ihr ganzes Leben in den Wohnungen gelebt haben, um sie zu sanieren und sie dann plötzlich für den doppelten Preis anbieten. All diese Dinge sind völlig normal in diesem

System und deswegen geht im Durchschnitt mehr als 30 Prozent unseres Einkommens für die Miete drauf. Und trotzdem werden Mängel meistens erst behoben, wenn man ordentlich Stress beim Vermieter macht, mit Mietminderung droht oder gleich den Mieterschutzbund einschaltet. Mit dem kapitalistischen Privateigentum kommt der Ausschluss aller vom Eigentum anderer, so lange sie nicht genug Kohle haben um sich den Zugriff darauf zu leisten. Und dann ist es normal, dass Wohnungen jahrelang leer stehen, während die Obdachlosigkeit immer weiter steigt.

Und wie überall sonst auch gehtes in Jena oder Weimar ja nicht ein mal um besonders gute, renovierte, große Wohnungen sondern einfach darum irgendwo etwas bezahlbares zu finden. Dass die Situation besonders in den Großstädten katastrophal ist, ist seit Jahren kein Geheimnis. Aber in den letzten Monaten gehen immer mehr Menschen auf die Straße und protestieren gegen diese Situation. Auch reformistische Kräfte ziehen Lösungen wie Enteignungen der großen Wohnungsbaugesellschaften in Betracht. Und gerade die Ärmsten der Armen, die auf engstem Raum in überteuerte Wohnungen gequetscht werden,



begrüßen das. Entsprechend sieht sich die Politik überall genötigt zu „reagieren“ und „Lösungen“ anzubieten. Die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen hat jetzt schnell den Plan gemacht eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft werde das Problem lösen. Grundlage dafür ist der Beschluss den sozialen Wohnungsbau zu stärken. In Gera und Erfurt wird derzeit über die Zukunft der städtischen Wohnungsunternehmen diskutiert. Gera will die Mehrheitsanteile an der einstmals vollständig kommunalen GWB Elstertal von einem britischen Investor zurückkaufen. Die Rede ist von einem Preis von 70 Millionen Euro. Die GWB Elstertal waren vor einigen Jahren im Rahmen des Insolvenzverfahrens der Stadtwerke Gera verkauft worden, die damals die Mehrheit an der GWB Elstertal hielt. Gera hält bis heute etwas mehr als ein Viertel der Anteile. Für dieses Vorhaben stellt das Land ganze 200 Millionen Euro zur Verfügung. Klingt erst mal nach einer Menge Geld. Im Vergleich zu den Dingen, die den Herrschenden wirklich wichtig sind wie beispielsweise der Rüstung ist es allerdings Nichts. Ganze 38,5 Milliarden Euro wurden letztes Jahr in die Bundeswehr gepumpt. Und auch der Effekt bleibt fraglich. Denn auch die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften wollen Gewinne machen und dass sie auch mal dutzende Familien auf die Straße setzen, wenn es ihnen passt, kann man in dieser Zeitung in dem Artikel über Hamburg genauer nachlesen.



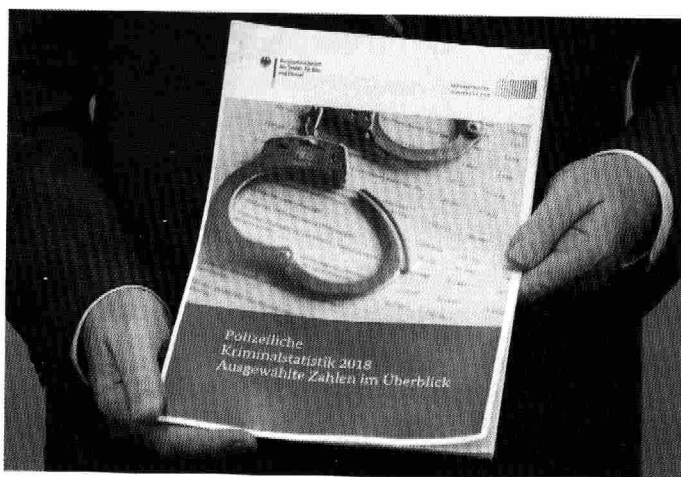
Andrang bei einer Wohnungsbesichtigung

Mit all diesen Maßnahmen versuchen die Politiker dem Problem Rechnung zu tragen, dass immer weniger bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Dabei haben die Herrschenden ja schon vor ein paar Jahren Lösungen dafür versprochen. So gibt es in Jena und Erfurt die so genannte Mietpreisbremse. Das heißt, bei Neuvermietungen darf die ortsübliche Vergleichsmiete nicht um mehr als zehn Prozent überschritten werden. Diese, in vielen Teilen Deutschlands geltende, Regelung sollte das Problem ein Stück weit eindämmen und den Protest gegen die schlechte Wohnungssituation abmildern. Das Signal war, keine Angst, die Politik nimmt eure Sorgen sehr ernst. In der Praxis bringt das Wohnungssuchenden allerdings wenig. Der Rechtsanwalt Vinzens sagt dazu: „Wer sich am besten präsentieren kann, bekommt letztlich den Zuschlag. Und dabei nach dem Mietpreis zu fragen, dass trauen sich die meisten nicht. Wer sich das traut, der ist eben raus.“ Hinzu kommen viele Ausnahmeregelungen, die es den Vermietern erlauben, von der Mietpreisbremse Abstand zu nehmen bzw. diese nicht berücksichtigen. Beispielhaft seien hier nur die erlaubten Preissteigerungen genannt, wenn die Wohnung vorher renoviert wurde. Es lässt sich als Mieter kaum nachprüfen, ob die Renovierungen tatsächlich stattgefunden haben, ob die Angaben des Vermieters richtig sind. Und damit kommen wir zum Kern des Problems.

Dauerhaft bezahlbare und gute Wohnungen für alle sind innerhalb dieses Systems nicht möglich. Der bürgerliche Staat ist der Staat der Reichen und er schützt deren Interessen mit all seiner Gewalt. Dafür hat er einen riesigen Polizeiapparat, Militär und Geheimdienste. Natürlich geben sich die Herrschenden ab und an einen sozialen Anstrich und tun so als wären ihnen unsere Sorgen und Probleme sehr wichtig, aber die Wahrheit ist das wir uns nur selbst helfen können. Wenn wir von unten uns zusammen tun und gegen die Bonzen und ihren Staat kämpfen. Und dann können wir tatsächlich dafür sorgen das alle zu guten Bedingungen auf ausreichend Platz wohnen können. •

KLASSENJUSTIZSTATISTIK

Wie jedes Jahr hat die Veröffentlichung der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ des Vorjahres einige Zeitungen dazu inspiriert ihre bürgerliche Propaganda zu verbreiten. In Berlin dreht es sich wie jedes Jahr auch darum ob im Moment Berlin, Frankfurt am Main oder Hannover „Hauptstadt des Verbrechens“ ist. Anlass genug, um sich einige aktuelle Entwicklungen und Tatsachen über „Straftaten“ und vor allem mit deren Verfolgung dessen in dieser Stadt auseinander zu setzen.



Insgesamt zeigt die Statistik gegenüber 2017 einen kleinen Rückgang von Kriminalität von 3,6%. Der deutsche Staat versucht das jetzt als Teil der Rechtfertigung der Militarisierung des Inneren, die er schon seit langem betreibt und aktuell weiter verstärkt, zu benutzen. Diese Tendenz äußert sich in vielen Punkten, zum Beispiel in den in früheren RoPo-Artikel beschriebenen mobilen Wachen in Berlin, den neuen Ordnungsamtbeamten in Bremen, oder auch an der Masse neuer Polizeigesetze und -reformen, die den Bullen immer mehr Bewaffnung, bessere, modernere Technik und immer mehr Rechte und Befugnisse geben.

Die Rubrik „Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt“ ist dennoch mit +39,9 % deutlich gestiegen. Doch so erfreulich das auch klingt, liegt es hauptsächlich nicht daran, dass die Rebellion tatsächlich angestiegen ist, sondern an einem neudefinierten Gesetz, bei dem auch kleinere Auseinandersetzungen auf Demonstrationen und schon alleine nur die Androhung von Gewalt nun in diese Rubrik fallen. Entsprechend werden solche Taten nun auch schärfer verfolgt und härter bestraft.

Politiker wie Seehofer versuchen auf die Tränendrüse zu drücken und sagen es ginge ja auch um Sanitäter und Feuerwehrleute und er sehe das als „den Punkt, der mich am meisten bedrückt“. In Wirklichkeit sind Sanitäter und Feuerwehrleute davon natürlich am wenigsten betroffen.

All das machen diese Schweine, um ein vermeintlich „sicheres Hinterland“ zu haben um ihre imperialistischen Ziele in der Welt weiter durchsetzen zu können, ohne sich um die Kämpfe im eigenen Land kümmern zu müssen. So haben sie oft in unseren Vierteln, den Arbeitervierteln, Massen an Bullen stationiert, die in Richtung einer militärischen Besetzung gehen. Außerdem versuchen sie unter Anderem den Anblick von schwerbewaffneten Soldaten und Polizisten auf den Straßen zu normalisieren. In Berlin ist das schon weiter entwickelt als in vielen anderen Orten, Patrouillen mit Maschinenpistolen auf dem Alex sind beispielsweise Alltag. Aber so beweisen sie uns vor allem eins: Sie haben Angst vor der Rebellion der Massen.

So machen sie auch weiter. Bis Anfang 2020 ist eine Umstrukturierung der Berliner Polizei geplant. Die Umstrukturierung hat das explizite Ziel „die sichtbare Präsenz in der Stadt zu fördern“, indem an Orten wie dem Alex oder dem Kotti die Bullenanzahl verdreifacht werden soll. Dies soll durch eine Neuaufteilung der Aufgabenbereiche der Berliner Bullen erreicht werden. So soll es eine dauerhaft im Innenstadtbereich aktive Hundertschaft „Direktion City“ geben, deren Aufgabe es sein soll schnell an „Brennpunkten“, in der Innenstadt, vor Ort zu sein. Das Ziel ist, dass der Rest der Polizei somit ihre Aufmerksamkeit auf andere Gebiete richten kann. Außerdem soll eine neue „Landespolizeidirektion“ geschaffen werden, die den Hauptteil des Tagesgeschäftes übernehmen soll und die Abteilungen für „politisch motivierte Straftaten“ und die für „Terrorismusbekämpfung“ sollen ausgeweitet und besser ausgestattet werden. Somit geht die Militarisierung in Berlin immer weiter und weiter. Hier zeigen sie wieder offen, worum es bei all dem tatsächlich geht. Wenn sie vom Bewahren der Sicherheit reden meinen sie die Sicherheit ihrer Diktatur der Bourgeoisie.

Ein weiteres Beispiel, das bald unter die Rubrik der „politisch motivierten Kriminalität“ fallen könnte, ist das Verbrennen von Staatsfahnen. Das Verbrennen der Fahne der BRD ist bereits ein Verbrechen und die Berliner SPD fordert nun, dies auf sämtliche Staatsfahnen auszuweiten. Anlass dafür ist das Verbrennen einer selbstgemachten Israelfahne auf einer Demonstration gegen die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Da sehen wir, was wirklich von ihrer „Meinungsfreiheit“ bleibt, wenn man etwas zu sagen hat was ihnen nicht passt, wie die Denunzierung des massenmordenden Kettenhundes des Yankee-Imperialismus in Westasien, der einen Genozid begeht.

Betrachten wir einmal, wen dieser Staat im Kontrast nicht verfolgt oder bestraft: Wie jedes Jahr berichtet die Presse auch davon, dass sich Berlin hohe Einnahmen durch Verkehrsordnungswidrigkeiten von Diplomaten durch die Lappen gehen gelassen hat. Die Summe der Strafen beläuft sich auf 389.734 Euro. Es gab in 2018 nämlich 21.714 verzeichnete Verkehrsordnungswidrigkeiten, verteilt auf 2706 Fahrzeuge, wobei die Yankees auf Platz 1 mit den Ordnungswidrigkeiten sind. Die Taten der Diplomaten bleiben, aufgrund ihrer Immunität,

ungestraft. Es ist perfide davon zu reden wie viel Geld die Stadt dadurch hätte einnehmen können, wenn man beachtet, dass 32 Personen bei den Unfällen „leicht“ und 2 schwer verletzt wurden. Dabei begangen sie in einem Großteil der Unfälle zusätzlich noch Fahrerflucht.

Wenn Massen ermordet werden, sei es direkt durch imperialistische Angriffe, oder einfach dadurch, dass Diplomaten uns tot fahren, ist das dem deutschen Staat egal. Wenn aber protestiert wird, indem Staatsfahnen verbrannt werden ist das ein Problem für ihn. Alle Gesetze, ihre Auslegung und darauffolgende Strafen und Verfolgung haben uns noch nie gedient und werden das in diesem System auch nie tun. Solange die Bourgeoisie an der Macht ist, drückt sie nur ihre Interessen durch, gegen uns. Wir müssen zusammen dagegen kämpfen, für einen Staat unserer Klasse, der Arbeiterklasse, der unsere Interessen durchsetzt, mit unseren Gesetzen. Dabei werden der deutsche Staat und seine Bullen die Massen auch nicht aufhalten können, egal wie sehr sie sie einschüchtern wollen, angreifen, ihre Viertel besetzen und sie ermorden. •



Schwer bewaffnete Polizeikräfte sollen zur Normalität werden

TROPICO 6 – HALBKOLONIALISMUS ALS SIMULATION

Am 29. März erschien die Aufbau- und Politik-Simulation Tropicó 6 für Windows, Mac und Linux. Eine Umsetzung für Konsolen ist ebenfalls geplant. Seit 2001 sind die fünf anderen Titel der Serie erschienen, alle funktionieren nach dem gleichen Prinzip. Der Spieler wird „El Presidente“ einer fiktiven Insel in der Karibik, die – zumindest in den ersten Teilen – recht offensichtlich an Kuba angelehnt ist. Hinzu kommen die offensichtlichen Referenzen auf die kubanischen Revolutionäre Che Guevara und Fidel Castro, aber auch der Militärmachthaber Augusto Pinochet aus Chile oder der Führer der sozialimperialistischen Sowjetunion, Nikita Chruschtschow sind Charaktere.

Der Spieler hat in der Regel ein Hauptziel: an der Macht bleiben. Dafür muss er verschiedene Fraktionen glücklich stimmen, das Militär, Kommunisten, Nationalisten, Religiöse, Umweltschützer, Kapitalisten, Intellektuelle und natürlich die konkurrierenden Supermächte (in den ersten Teilen die USA und die Sowjetunion). In den neueren Teilen ist das Spiel in mehrere Epochen aufgeteilt, erst die Ära des Kolonialismus, dann der Kalte Krieg und die Moderne und so weiter. Und abseits der originellen und spaßigen Spielmechanik entspricht die Verwaltung der eigenen „Bananenrepublik“ ziemlich genau der Realität vieler Länder der dritten Welt. Die eigene Insel stand oder steht unter dem Einfluss irgendeiner Kolonialmacht, im Verlauf

des Spiels kann man die formale Unabhängigkeit erlangen. Allerdings wird man den ökonomischen und politischen Einfluss der imperialistischen Mächte und vor allem der Supermächte nie wirklich los. Man ist darauf angewiesen, sich mit ihnen gut zu stellen, kann ihnen Steuervorteile für bestimmte Produktionszweige versprechen und sich so mehr Entwicklungshilfe sichern. Man kann Militärbasen der einen oder anderen Supermacht auf der eigenen Insel erlauben und sich so gegen eine Militärinvasion der jeweils anderen Supermacht absichern. Außerdem sorgen sie für mehr monatliches Einkommen durch die sogenannte Entwicklungshilfe. Allerdings führen die Militärbasen auch dazu, dass man bei der kleinsten Entscheidung, welche den Interessen der Supermacht, die einen kontrolliert zuwider läuft, damit rechnen muss gestürzt zu werden. Man verwaltet eine Insel, die in völliger Abhängigkeit zu den imperialistischen Nationen gehalten wird.

Die harte Realität der Halbkolonien wird in diesem Spiel als vergleichsweise „lustiges“ Szenario mit einigem Humor verwurstet. Das Spiel ist eine gut gemachte Aufbau-Simulation mit ungewöhnlichem Setting, guter Spielmechanik und einer spannenden Kampagne. Trotzdem denken wir man sollte im Hinterkopf behalten, dass der gezeigte Ausverkauf des Landes für die unzähligen Nationen der dritten Welt eine bittere Realität ist. Dass Länder „Rohstoffländer“ sind, deren Bodenschätze von den Imperialisten ausgeplündert und an anderer Stelle verarbeitet und verkauft werden, wovon die unterdrückten Nationen nichts haben, ist die Realität. Dass die Monopole die billigen Arbeitskräfte in den unterdrückten Nationen ausbeuten und dabei massenhaft Menschen durch fehlende Arbeitssicherheit und riskante Projekte ermorden ist Realität. Und dass immer wieder Regierungen gestürzt werden, weil sie versuchen sich nicht mehr dem Joch der Imperialisten – oder zumindest dem einen – zu beugen ist Realität. Diese Realität macht aber die unterdrückten Nationen auch den Sturmzentren der Weltrevolution. Hier entwickelt sich die revolutionäre Situation ungleich mehr als in den imperialistischen Ländern und entsprechend weisen sie in Perspektive den Weg für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. •



VON DEN MASSEN ZU DEN MASSEN

Mit Freude veröffentlichen wir an dieser Stelle eine uns zugesandte Kurzgeschichte. Oft beschäftigen wir uns in dieser Sparte mit bürgerlicher Kultur und warum diese nicht unsere ist. Deshalb freuen wir uns immer sehr über neue proletarische Kultur, egal ob Geschichte, Bild oder Gedicht. Vielleicht fühlen sich ja weitere RoPo-Leser und Leserinnen dazu inspiriert, uns ihre Ideen an rotepost@gmx.de zu schicken.

1

Ich bin müde. Es ist 5 Uhr morgens. Ich habe 3 Stunden geschlafen, denn meine Kinder hatten abwechselnd Albträume. Die Stunde bevor ich sie wecke trinke ich Kaffee und lese kurz eine Klatsch-Zeitschrift, mache die Brotdosen fertig. Meine 60 Minuten Zeit für mich. Dann wecke ich sie, ziehe uns alle an, wir frühstücken. Mein Sohn schmiert mir Frischkäse ins Haar. Wir sind schon fast zu spät. Schnell zum Kindergarten, dann zur Arbeit. Mein Mann schläft noch. Auf der Arbeit erwartet mich Mindestlohn, natürlich in Teilzeit. 5 Stunden Regale einräumen und abkassieren, mich beschimpfen lassen, dass ich zu langsam sei. Drei Jugendliche klauen Wodka, eine alte Frau Brot. Ist mir ja egal, nur hoffentlich sind es keine Testkäufer, denn ich kann es mir nicht leisten meinen Job zu verlieren. Mein Mann ist ja auch nur im Lager.

Nach Feierabend Einkauf machen, Kinder holen. Kochen. Abendessen. Eine Geschichte vorlesen. Meine Tochter fragt, wann ihr Papa kommt. Er hat Spätschicht, also erst wenn sie schon schläft. „Nie ist er da“, sagt sie. Es tut mir leid, auch ich wünsche mir meinen Mann mehr bei uns, aber er sorgt nun mal zum Großteil dafür, dass wir die Miete zahlen können. Als die Kinder schlafen, putze ich noch schnell. Heute nur das Nötigste. Währenddessen versuche ich mir zu überlegen, wo wir eine neue Waschmaschine her bekommen und trotzdem Miete zahlen können.

Er kommt nach hause. „Was gibt's zu essen?“ Ich mache ihm einen Teller Nudeln warm. Er sagt, dass es chaotisch sei, und ich morgen mal ordentlich putzen muss. Er erzählt von der Arbeit. Bald wieder Entlassungen. Die Gewerkschaft hat irgendwas vor. Bringt's aber nicht. Als er ins Bett geht, sagt er, dass wir morgen früh leiser sein sollen, weil er vor der Spätschicht ausschlafen will. Außerdem ist es eklig, dass ich irgendwas im Haar habe. Manchmal will ich ihn verlassen. Aber dann gibt es weder Waschmaschine noch Miete. Ich denke, dass ich schwach bin.

2

Ich habe jemanden kennen gelernt. Eine Frau, die Zeitungen verkauft. Eine rote Zeitung. Darin stand eine Menge von den Problemen, die ich täglich habe. Dass ich damit nicht allein bin. Und dass es eine Lösung gibt. Keine nur für mich, sondern für uns alle. Für alle Frauen, sogar für das ganze Volk. Nicht nur für das deutsche Volk, sondern für alle unterdrückten Völker dieser Welt. Wir müssen das Problem an der Wurzel anpacken. Wir müssen den Imperialismus zerschlagen. Es klingt gut was sie sagt. Es ist spannend und macht optimistisch. Als wäre ein anderes Leben tatsächlich möglich.

3

Seit einiger Zeit lese ich morgens keine Klatsch-Zeitungen mehr. Meine 60 Minuten für mich sind jetzt 60 Minuten für die Revolution. Ich lese Bücher und Texte, Marx und Mariátegui. Manchmal schreibe ich Flugblätter. Und auf Spielplätzen rede ich mit den Frauen. Auch auf der Arbeit, überall. Freundinnen werden zu Genossinnen. Wir reden über die Klasse, und über die Unterdrückung. Vor allem durch die Bourgeoisie, aber auch durch die Männer. Am 08. März haben wir eine Demonstration organisiert, genau so wie Genossinnen auf der ganzen Welt. Wir haben uns entschieden, zu kämpfen. Ich weiß jetzt, dass ich stark bin und kein kleines Mädchen, dass abhängig von ihrem Mann ist.

4

Mein Mann möchte auch kämpfen. Er steht früher auf, wenn er Spätschicht hat, um mich und meinen Kampf zu unterstützen. Das war ein langer Zwei-Linien-Kampf. Jetzt ist es unser Kampf. Auf seiner Arbeit wird gestreikt, aber nicht so, wie die Gewerkschaft das gern hätte. Die haben den ganzen Betrieb lahm gelegt. Auf der ganzen Welt bewegt sich was, das spüre ich täglich. •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

